

Medienkonferenz zum Start ins Schuljahr 2021/2022 9. August 2021, 10 bis 12 Uhr, Hotel Kreuz, Bern

Wie Covid-19 die Situation für die Lehrerinnen und Lehrer beeinflusst

Die Coronapandemie war eine anstrengende Zeit für alle, aber ganz besonders für Personen in systemrelevanten Berufen. Lehrpersonen haben mit grossem Engagement jeden Tag ihr Bestes gegeben, um den Kindern und Jugendlichen Kontinuität zu geben und die Lerninhalte trotz erschwelter Bedingungen lehrplangerecht zu vermitteln. Sie waren stets mit hohen Flexibilitätsanforderungen, offenen Fragen und Planungsunsicherheiten konfrontiert. Diese dauern weiter an, die Pandemie ist noch nicht vorbei.

Qualitativer Lehrpersonenmangel

Die Coronakrise hat aber auch akzentuiert, wie anforderungsreich der Lehrberuf ist. Für die Berufsausführung braucht es zwingend die passende Ausbildung. Ein Drittel der Schulleitungen konnte aber bereits im vergangenen Sommer nur teilweise stufen- oder fachqualifizierte Lehrpersonen einstellen. Der bereits bestehende, eklatante Fachkräftemangel verschärfte sich durch den Mangel an qualifizierten Stellvertretungen.

Laut Prognosen des Bundesamts für Statistik (BFS) hat die Pensionierungswelle der Babyboomer-Generation ihren Höhepunkt erreicht. So waren im Schuljahr 2019/2020 32 Prozent der Lehrpersonen in der obligatorischen Schule 50 Jahre oder älter. Dieser Effekt der Überalterung des Lehrkörpers wird noch bis 2022 anhalten. Alleine im Kanton Bern werden in diesem Sommer 400 Lehrerinnen und Lehrer pensioniert. Angesichts der steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen ist es daher erfreulich, dass die Studierendenzahlen an den Pädagogischen Hochschulen ebenfalls zunehmen. Dennoch dürfte gemäss Bildungsbericht 2018 im Durchschnitt nur gut die Hälfte des prognostizierten jährlichen Mehrbedarfs an Lehrpersonen durch neu diplomierte Lehrerinnen und Lehrer gedeckt werden. Kurz: Die Stellensituation ist und bleibt prekär.

Die drei Forderungen von LCH und SER

Um die Stellensituation zu verbessern, fordern LCH und SER gemeinsam:

- Lehrerinnen und Lehrer brauchen mehr Wertschätzung. Sie ist die Voraussetzung, damit Lehrpersonen den Beruf wählen und diesem auch erhalten bleiben. Spätestens in der Krise sollte ja die Politik den Wert und die Systemrelevanz von Lehrerinnen und Lehrern erkannt haben.
- Es braucht daher nachhaltige Massnahmen, um den Status und die Attraktivität des Lehrberufes zu verbessern. Dazu gehören eine gute Ausbildung, eine bedarfsgerechte Weiterbildung und faire Löhne und Arbeitszeiten. Nur mit bestens ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern gelingt ein qualitativ hochstehender und wirksamer Unterricht. Denn wie die wegweisende Metastudie «Visible Learning – Lernen sichtbar machen» von John Hattie ergeben hat, hat eine gute Lehrperson einen grossen Einfluss auf den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen.
- Auch das Schuljahr 2021/2022 beginnen die Schulen nochmals im Umfeld der Pandemie. Der Gesundheitsschutz in den Schulen behält deshalb seine hohe Priorität. Lehrerinnen und Lehrer sind im Umgang mit der Pandemie auf klare Vorgaben seitens der Kantone und der Schulleitungen angewiesen. Die Behörden müssen jetzt die verschiedenen Szenarien bekanntgeben, die möglich sind, und Regelungen zu notwendigen und praxistauglichen Schutzmassnahmen treffen und kommunizieren.

Die Auswirkungen der Krise auf Schülerinnen und Schüler: Die Lehrpersonen stehen ihnen bei

Die seit dem Frühjahr stetig sinkenden Fallzahlen geben Anlass zur Hoffnung, dass mit der gebotenen Vorsicht die verordneten Lockerungen für Schülerinnen und Schüler in Bezug auf die Schutz- und Hygienemassnahmen im neuen Schuljahr beibehalten und erweitert werden können. Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche wieder möglichst normal den Schulalltag erleben. Als zentrales Element erachten LCH und SER hier, dass Aktivitäten ausserhalb des Schulzimmers, wie zum Beispiel Exkursionen, Schullager oder Firmen- und Museumsbesuche wieder vermehrt stattfinden können.

Schulreisen und Lager spielen Schlüsselrolle für das fachliche und überfachliche Lernen

Im Lehrplan 21 und im Plan d'études romand (PER) wird die Schule als Gestaltungs-, Lern- und Lebensraum betrachtet. Explizit wird im Lehrplan 21 erwähnt: «Die zentrale Aufgabe der Schule besteht darin, den Schülerinnen und Schülern kultur- und gegenstandsbezogene Erfahrungen zu ermöglichen und dabei grundlegende fachliche und überfachliche Kompetenzen zu vermitteln.»

Begegnungen mit dem realen Gegenstand oder realen Situationen sind unumgänglich, um den Bezug zur Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler herzustellen. Hinzu kommt, dass einige Ziele in den Lehrplänen ausserunterrichtliches Lernen ausdrücklich erfordern. Erlebnisse in Gruppen, soziale Kontakte und Erfahrungen ausserhalb der Schule sind für die Entwicklung junger Menschen nicht nur wesentlich, sondern im neuen Schuljahr von noch grösserer Bedeutung. Der Nachholbedarf ist riesig: Während eineinhalb Jahren waren solche Erlebnisse entweder auf ein absolutes Minimum beschränkt oder die Kinder und Jugendlichen mussten gar gänzlich darauf verzichten. Auch deshalb fordern LCH und SER regelmässige Tests. Diese Massnahme hat sich in vielen Schulen bereits bewährt.

Parlamentarische Initiativen: Schulklassen sollen günstiger reisen können

Es trifft sich sehr gut, dass genau am heutigen Tag der Medienkonferenz vier parlamentarische Initiativen zu den Reisekosten für Schulklassen in der nationalrätlichen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF-N) diskutiert wird. Die identisch formulierten Vorstösse von Politikerinnen und Politikern unterschiedlicher Couleur verlangen, dass Transportunternehmen des öffentlichen Verkehrs verpflichtet werden, für Schulklassen vergünstigte Tageskarten für möglichst fünf Franken anzubieten. Der Bund soll die entstehenden Mindererträge ausgleichen. Dadurch werden nicht nur die Schulbudgets entlastet, sondern es wird auch leichter, Aktivitäten für ausserunterrichtliches Lernen durchzuführen.

LCH und SER setzen sich schon seit Jahren für angemessenere Reisekosten für Schulklassen ein. Dieses Anliegen ist seit dem Bundesgerichtsentscheid vom Dezember 2017, wonach die Schulgemeinden von den Eltern für obligatorische Schullager maximal 16 Franken pro Tag verlangen dürfen und die Volksschule grundsätzlich unentgeltlich sein muss, zentraler und wichtiger denn je. Weiter haben LCH und SER bei der SBB interveniert und im Mai 2019 mit einem Brief tiefere Preise für Schulklassen gefordert.

Corona hat die Berufswahl erschwert

Im Berufswahlprozess gibt es ebenfalls einiges aufzuholen beziehungsweise in diesem Jahr wieder aufzunehmen, damit Jugendliche in der Schweiz gute Chancen für eine faire Berufswahlvorbereitung haben. Die Coronapandemie hat es vielen von ihnen erschwert oder verunmöglicht, Schnupperlehren oder sogar Lehrstellen zu finden. Viele Berufsmessen und Schnuppertage wurden abgesagt oder fanden nur virtuell statt. Zudem hat sich der Druck auf Jugendliche und ihre Familien erhöht, auch weil die Termine des Berufswahlfahrplans von Unternehmen immer weiter vorgezogen werden. Betriebe wollen sich möglichst früh die vermeintlich besten Bewerberinnen und Bewerber sichern, obschon diese in der Schule noch nicht die Gelegenheit hatten, sich ausführlich mit der Berufswahl zu beschäftigen. Um die Chancengerechtigkeit zu wahren, müssen Jugendliche die nötige Zeit und Unterstützung erhalten.

Dazu braucht es Berufsmessen, aber auch Schnupperlehren, die den Jugendlichen ohne Selektionsdruck ermöglichen, einen Beruf kennenzulernen. Zuletzt müssen Betriebe auch in schwierigen Zeiten ihre Aufgabe im dualen Bildungssystem mit Engagement wahrnehmen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Jugendliche unter Druck den falschen Beruf ergreifen und sich die Zahl der Lehrstellenabbrüche weiter erhöht. Dies wäre sowohl für die einzelnen Jugendlichen als auch für die Gesellschaft verheerend.

LCH und SER haben sich in der Öffentlichkeit ebenso wie im direkten Gespräch mit Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Bildung dafür eingesetzt, dass der vereinbarte Berufswahlfahrplan respektiert und eingehalten wird. Die beiden Verbände werden dieses Anliegen auch im neuen Schuljahr weiter in die Gremien tragen. Der LCH hat den Richard-Beglinger-Preis ins Leben gerufen. Damit sollen öffentliche und private Organisationen und Privatpersonen ausgezeichnet werden, die sich mit ausserordentlichen Arbeiten um die berufliche Orientierung und Berufsintegration von Jugendlichen verdient gemacht haben.

Digitale Transformation in der Schule chancengerecht vorantreiben

Die digitale Transformation in der Schule beschäftigt Schule, Lehrpersonen sowie Schülerinnen und Schüler auch im kommenden Schuljahr. Mit dem Verbot des Präsenzunterrichts im Frühjahr 2020 und dem daraus folgenden Notfall-Fernunterricht rückte die Diskussion über die technische Ausstattung in den Fokus. Dabei zeigte sich deutlich, dass sich die Schulen in ihrer digitalen Transformation deutlich unterscheiden. Allein mit arbeitstüchtigen Geräten und einem funktionierenden WLAN ist es noch nicht getan. Dies sind aber wohl die Voraussetzungen, damit zeitgemässer Unterricht entsprechend vorbereitet und durchgeführt werden kann. Es braucht auch neue pädagogische Ansätze, neue Lehrmittel und entsprechende Weiterbildungen der Lehrpersonen. Zudem sind Schulen auf Fachpersonen vor Ort angewiesen, welche die Lehrpersonen und Schulleitungen bei ihrer Arbeit unterstützen können.

Nun gilt es, die Lehren aus dieser Phase zu ziehen. Weitere gezielte Anstrengungen von einigen Gemeinden und Kantonen sind notwendig, damit die digitale Transformation in den Schulen schweizweit chancengerecht umgesetzt werden kann. Lehrerinnen und Lehrer auf allen Stufen müssen durch entsprechende Aus- und Weiterbildungen auf diese sich ständig verändernden Herausforderungen vorbereitet werden, um ein ausgewogenes Zusammenspiel zwischen analogem und digitalem Lernen gesichert weiterzugeben. Auf nationaler Ebene braucht es eine Datenschutz- und eine Datennutzungsstrategie, damit die Daten aus dem Bildungswesen sinnvoll genutzt und zugleich nach aussen geschützt werden können.

Coronakrise unterstreicht Bedeutung eines guten Gesundheitsmanagements in der Schule

Im vergangenen Schuljahr haben Hygienemassnahmen den Alltag im Klassenzimmer geprägt: Händewaschen, Desinfektion der Tische, Maskentragen, Lüften. Letzteres scheint in normalen Zeiten zwar selbstverständlich zu sein, hat sich aber in Zeiten der Pandemie als noch wesentlicher erwiesen. Trotz den Schwierigkeiten aufgrund der teilweise tiefen Aussentemperaturen hat das regelmässige Lüften im Klassenzimmer aus Sicht von vielen Lehrpersonen zu einem besseren Unterrichtsklima beigetragen. Diese Beobachtungen bestätigen die Ergebnisse verschiedener Studien über den Zusammenhang zwischen CO₂-Gehalt in der Luft und Schülerleistungen. Zugleich hängt die Luftqualität auch vom Alter und von der Bauweise der aktuellen Schulgebäude ab, die in diesen beiden Punkten erhebliche Unterschiede aufweisen. Deshalb ist es nun notwendig, alle Schweizer Schulen mit CO₂-Messgeräten auszustatten. Bessere Luft wird nicht nur das Wohlbefinden, sondern auch die Konzentrationsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler und ihre Leistungen verbessern. Es reicht eben nicht zu sagen, regelmässig die Fenster zu öffnen. Konkret müssen als erstes alle Klassenzimmer noch in diesem Jahr mit kostengünstigen Messgeräten ausgestattet werden – für die Gesundheit aller. Denn nur so können Verbesserungen der Luftsituation in den Klassenzimmern nachhaltig angegangen werden.

Mit Gesundheitsschutzbeauftragten einen Schritt vorwärts machen

Die Schulleitungen stehen in der Pflicht, für die Umsetzung dieser Hygienemassnahmen ebenso wie für diejenige der Massentests zu sorgen. Auch wenn Schulleitungen diese Aufgaben mehrheitlich gut gemeistert haben, gehören sie weder zu ihrem Pflichtenheft noch wurden sie bislang in der Aus- und Weiterbildung von Schulleitenden berücksichtigt. Hier braucht es deshalb zwingend Anpassungen. Die Schulleitungen haben sich zwar darum bemüht, die Anliegen aufzunehmen. Ihr Handeln wäre aber effektiver gewesen, wenn sich auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin ausgebildete Personen um den Gesundheitsschutz in den Schulen hätten kümmern können. LCH und SER haben wiederholt die Ausbildung von Gesundheitsschutzbeauftragten und ihren Einsatz in den hiesigen Schulen gefordert.

Nun ist es höchste Zeit, dass die Behörden in dieser Frage vorangehen: Der Gesundheitsschutz der Schülerinnen und Schülern, der Lehrpersonen und des übrigen Schulpersonals muss Priorität haben. Die Lösung besteht darin, Gesundheitsschutzbeauftragte für die Schule auszubilden und rasch entsprechende Stellen an den Schulen einzurichten. Diese Gesundheitsschutzbeauftragten werden von da an in der Lage sein, die notwendigen Anpassungen vorzuschlagen, damit Schulen gesunde und sichere Orte auf allen Ebenen werden: Luft- und Lichtqualität, Schalldämmung, Ergonomie der Arbeitsplätze usw. Diese von LCH und SER im Jahr 2017 gestellten Forderungen haben es bislang schwer gehabt, von den Behörden berücksichtigt zu werden. Arbeitgeber sind jedoch verpflichtet, für den Schutz der Gesundheit ihrer Mitarbeitenden zu sorgen. Dies muss endlich auch für die Lehrpersonen der Fall sein und würde damit zwangsläufig auch den Schülerinnen und Schülern zugute kommen.

Psychische Gesundheit und Impfpriorisierung bleiben im Fokus

Auf die psychische Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer muss in den kommenden Monaten genau geachtet werden. In der Tat haben zahlreiche Erhebungen und Umfragen im vergangenen Schuljahr gezeigt, dass viele Lehrpersonen erschöpft und belastet sind. Sie haben unter den schwierigen Rahmenbedingungen der Pandemie das Menschenmögliche geleistet. Aber dieses Schuljahr war nicht wie andere. Es hat den Lehrpersonen viel abgefordert und die wichtigen ausserschulischen Aktivitäten haben sowohl Kindern als auch Lehrpersonen gefehlt.

Die Impfpriorisierung für Lehrpersonen und andere Berufsgruppen, die in ihrem Berufsalltag in engem und längerem Kontakt zu anderen Menschen stehen, bleibt nach wie vor eine Forderung von LCH und SER, sobald die Auffrischungsimpfung ansteht. Es soll dabei weiterhin der Lehrperson selbst überlassen sein, ob sie sich für oder gegen die Impfung entscheidet. Wie schon in diesem Frühjahr gilt es, wenn immer möglich die Schulen offen zu halten und die Quarantänen von Lehrpersonen zu vermeiden. Die Quarantäne von Lehrpersonen stört den reibungslosen Schulbetrieb und die Unterrichtsqualität. Offensichtlich ist ausserdem notwendig, sowohl Kinder und Jugendliche als auch das gesamte Schulpersonal zu schützen. Zu diesem Zweck war das Tragen von Masken auf dem Höhepunkt der Krise unerlässlich. Die Tatsache, dass Gesichter verdeckt werden, beeinträchtigt aber die Qualität des Kontakts zwischen Erwachsenen und Kindern sowie zwischen den jungen Menschen selbst. Mit der Impfung des Lehrpersonals und der Verbesserung der epidemiologischen Lage sind Lockerungen nun möglich. Die Schulen sind und bleiben in diesem Bereich auf die Expertise der Epidemiologen und auf klare Anweisungen der Schulbehörden angewiesen.

Bildung ist nicht nur auf die Schule beschränkt

Alle zwei Jahre findet der Schweizer Bildungstag statt. Die führende bildungspolitische Veranstaltung auf nationaler Ebene wird gemeinsam ausgerichtet vom Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) und vom Syndicat des Enseignant-es Romand-es (SER). Dieses Jahr richtet der Bildungstag den Blick auf die Lebensbereiche vor und ausserhalb der Schule. Zum einen geht es um die Bedeutung der frühen Förderung. Die ersten vier Lebensjahre gehören zu den wichtigsten in der Entwicklung von Kindern. Die Weichen für eine gelingende Schulzeit werden bereits vor dem Schuleintritt gestellt. Aus Sicht der Schule als aufnehmende Stufe ist die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) daher von grösster Bedeutung.

Zum anderen befasst sich der Schweizer Bildungstag mit Tagesstrukturen. Sie sind bedeutsam, um alle Schülerinnen und Schüler bedarfsgerecht zu betreuen und zu fördern. Tagesstrukturen können aber nur dann eine positive Wirkung auf das fachbezogene und das soziale Lernen sowie auf die Persönlichkeitsentwicklung und die Chancengerechtigkeit haben, wenn Angebote, Infrastruktur und Betreuung von hoher und nachhaltiger Qualität sind. Am Bildungstag vom 3. September werden führende Fachpersonen aus der Bildungspolitik, der Wirtschaft sowie dem Bildungswesen diese zwei wichtigen Themen diskutieren.

Schlusswort zum Schulstart

Einige der heute erhobenen Forderungen sind nicht neu. Dessen ungeachtet müssen alle von den Behörden schnell umgesetzt werden. Diese Anpassungen sind notwendig, um die Schule zu stärken und ihre Qualität mittelfristig zu gewährleisten. Diese sind vor allem aber auch unerlässlich, damit die Schule zur Gelassenheit zurückfindet und zum Wohle aller und insbesondere zum Wohle der Schülerinnen und Schüler reibungslos funktioniert. LCH und SER werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Schule in der Schweiz weiterhin ein öffentlicher Dienst ist, in dem die verschiedenen Akteure vertrauensvoll miteinander umgehen.